



Ein Vortrag
als Bilderbuch

Werner May
2011



Wer von Ihnen meint denn, diesen Staat zu kennen, in dem wir leben?

Wie heißt der Staat eigentlich?

Um die letzte Frage zu beantworten werfen wir einen Blick auf den Personalausweis.

Sie alle sind verpflichtet diesen Ausweis mit sich zu führen.

Das Wort „Personalausweis“ besagt: Sie gehören zum **Personal** einer Vereinigung und mit dieser Karte weisen Sie sich aus.

Um welche Vereinigung handelt es sich?

Herausgegeben wird der Ausweis von der Bundesrepublik Deutschland.

In Englisch steht daneben: Federal Republic **of** Germany.

(Was heißt das übersetzt?)

In Französisch steht darunter: Republic Federal **d'**Allmagne.

(Was heißt das übersetzt?)

Offensichtlich haben wir es mit einem Übersetzungsfehler zu tun.
In Wahrheit heißt die BRD „Bundesrepublik von Deutschland“.
Deutschland ist das gesamte Land, und die Bundesrepublik ist ein Teil davon.

Als Staatsangehörigkeit ist „DEUTSCH“ angegeben.
DEUTSCH ist eine Sprache, aber keine Staatsangehörigkeit.

Ist das Zufall, dass Sie mit einem Ausweis herumlaufen, der mehrfach fehlerhaft ist?

Nein, es ist kein Zufall, sondern eine Notlösung. Man kann auch sagen eine dicke Lüge...



Unsere Politiker stehen vor einem riesigen Problem. Sie haben die Bevölkerung seit Jahrzehnten für dumm verkauft und sich derart in Lügen verstrickt, dass sie die Wahrheit scheuen.

Die Wahrheit ist auf diesen Wahlplakaten deutlich zu erkennen. Es sind nicht die Wahlplakate der NPD, sondern es sind die Plakate von CDU und SPD aus den 60er Jahren.

Deutschland ist das Land innerhalb der Grenzen von 1937.

Die Bundesrepublik **von** Deutschland ist nur ein Teil davon.

Neben der ehemaligen DDR und dem Land Berlin gehören noch dazu:

Ostpreußen, Posen, Westpreußen, Danzig, Hinterpommern, Vorpommern das Gebiet von Stettin westlich der Oder, Ostbrandenburg, Schlesien, Böhmen, Mähren, dem Hultschiner Ländchen und schließlich Elsaß-Lothringen.

Die Menschen, die dort wohnen, sind alles Deutsche.

Um es gleich zu sagen: ich bin kein Nationalist, ich versuche lediglich zu vermitteln wie die Zusammenhänge sind und die Frage zu klären, warum ich mich mit einem Personalausweis legitimieren soll, der unsinnig ist.

Machen wir weiter auf der Spurensuche:

Gehen wir zurück in die Anfänge der BRD.

Deutschland hatte den Krieg verloren und wurde von den Besatzungsmächten in Zonen aufgeteilt.

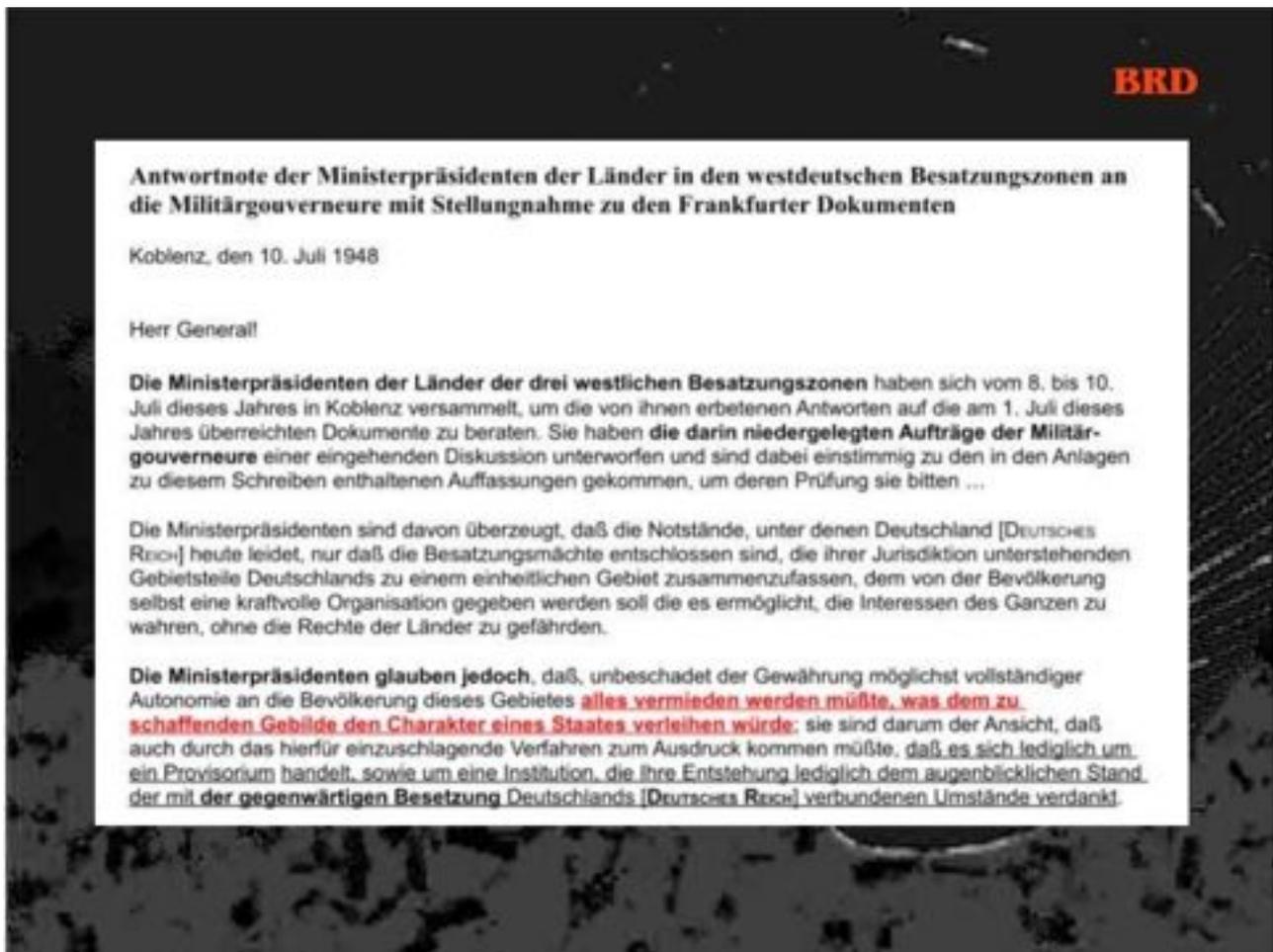
Die Besatzungsmächte beriefen einen Parlamentarischen Rat, der ein Grundgesetz ausarbeitete, das, wenn es von ihnen und dem Volk genehmigt würde, zu einer Verfassung für die Bundesrepublik von Deutschland werden sollte.



Carlo Schmid, der Sprecher des Parlamentarischen Rates, erklärte die Aufgabe des Gremiums in einer bemerkenswerten Rede.

Hier ein kurzer Auszug daraus:

„Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.“



In einem Schreiben der Ministerpräsidenten der damaligen Länder an die Besatzungsmächte heißt es dann auch:

Es müsse alles vermieden werden was dem zu erschaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde.



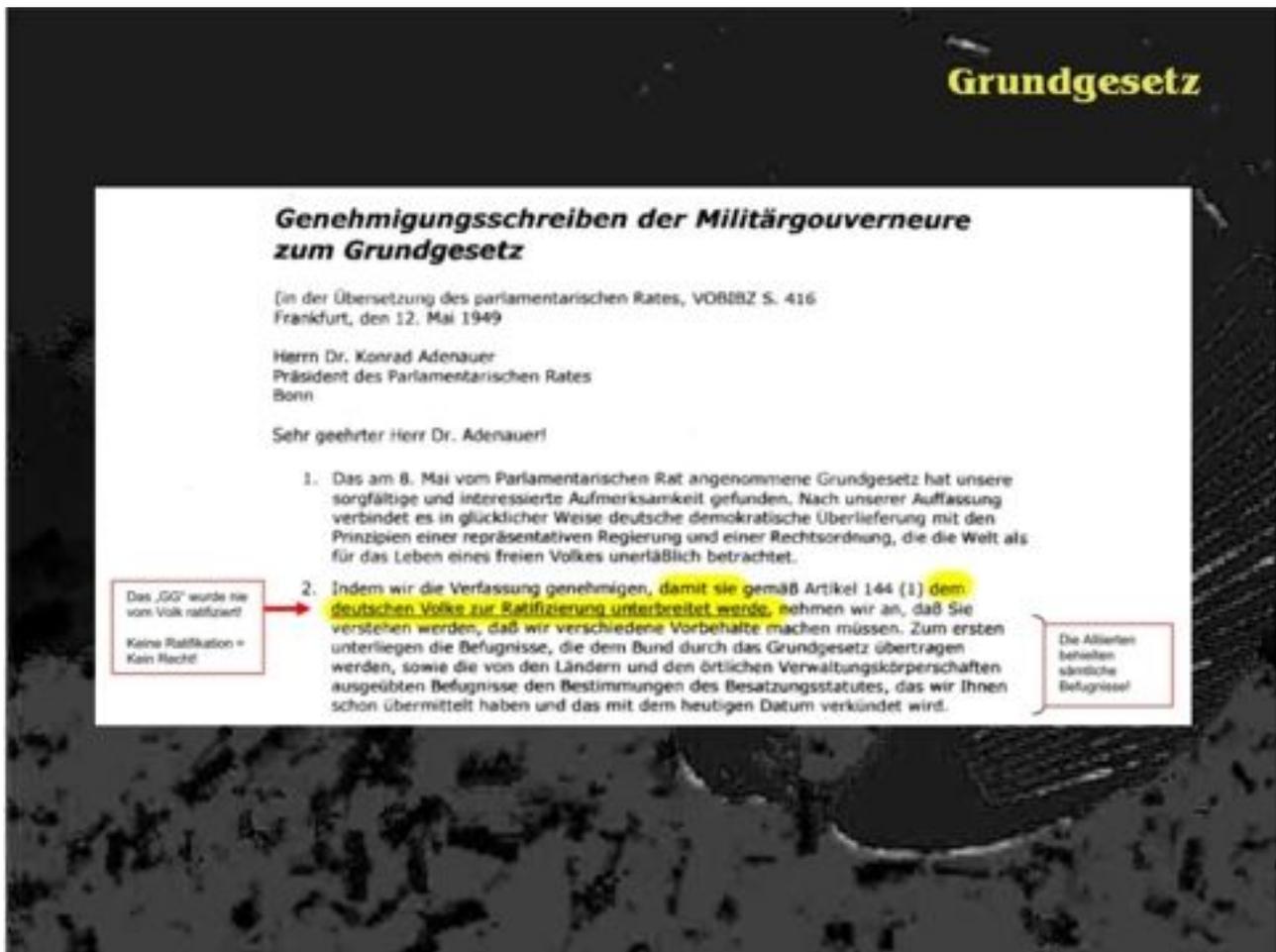
Und die Ministerpräsidenten weigern sich, dem Volk das Grundgesetz vorzulegen, damit es zu einer Verfassung würde.

Zitat: *Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte.*

Eine Verfassung kann erst dann geschaffen werden, wenn das gesamte deutsche Volk in freier Selbstbestimmung darüber entscheiden kann.

Damit ist klar:

Westdeutschland hatte von Anfang an keine Verfassung.



Damit das Grundgesetz zu einer Verfassung würde, müsste es vom Volk genehmigt werden.

Das war die verbindliche Auflage der Besatzungsmächte.



Deshalb lautete der Artikel 146 des Grundgesetzes bis 1990:
Das Grundgesetz verliert erst dann seine Gültigkeit, wenn eine vom Volk beschlossene Verfassung in Kraft tritt.

Da stellt sich die Frage: **Wer ist eigentlich das Volk ?**



Zu welchem Volk man gehört, steht im Staatsangehörigkeitsgesetz.

Das Staatsangehörigkeitsgesetz ist noch von 1913, wurde jedoch ins bundesdeutsche Recht übernommen und im Bundesgesetzblatt im Teil III veröffentlicht.



Und das ist der Artikel 116 des Grundgesetzes:

Deutscher ist wer im Gebiet des Deutschen Reiches von 1937 Aufnahme gefunden hat.

Nun können die Menschen jenseits von Oder und Neiße nicht darüber abstimmen ob sie zu Deutschland gehören wollen oder nicht.

Deshalb bleibt es weiterhin dabei: **Wir haben keine Verfassung sondern ein Grundgesetz.**



Sehen wir uns das Grundgesetz genauer an:

Gehen wir zum Artikel 3 und beschränken uns auf Absatz 3:

„Niemand darf wegen ... seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Nimmt man das wörtlich, dann darf niemand wegen seiner Zugehörigkeit oder Nähe zu einer Partei ein öffentliches Amt erhalten. Allein das Fachwissen und die Leistungen sollten entscheidend sein.

Dennoch werden die höchsten Richter dieses Landes, die Verfassungsrichter, nach dem Parteienproporz bestimmt.

Mal dürfen die Vertreter der SPD einen Kandidaten bestimmen, mal die Vertreter der CDU.

Wir erinnern uns:

Wir dürfen keine Verfassung haben, aber wir leisten uns seit etwa 60 Jahren ein BundesVerfassungsgericht, das angeblich über eine Verfassung wacht und sie interpretiert.



Es ist wichtig, dass man versteht, welche Macht dieses Gericht hat.
Hier ein Beispiel, wie Politiker und Richter ein Gesetz bewusst falsch auslegen.

Eigentum verpflichtet, so lautet der erste Satz des Artikel 14.

Statt des Punktes könnte genauso gut ein Ausrufezeichen stehen, denn es ist fast schon ein Befehl: **Eigentum verpflichtet !**

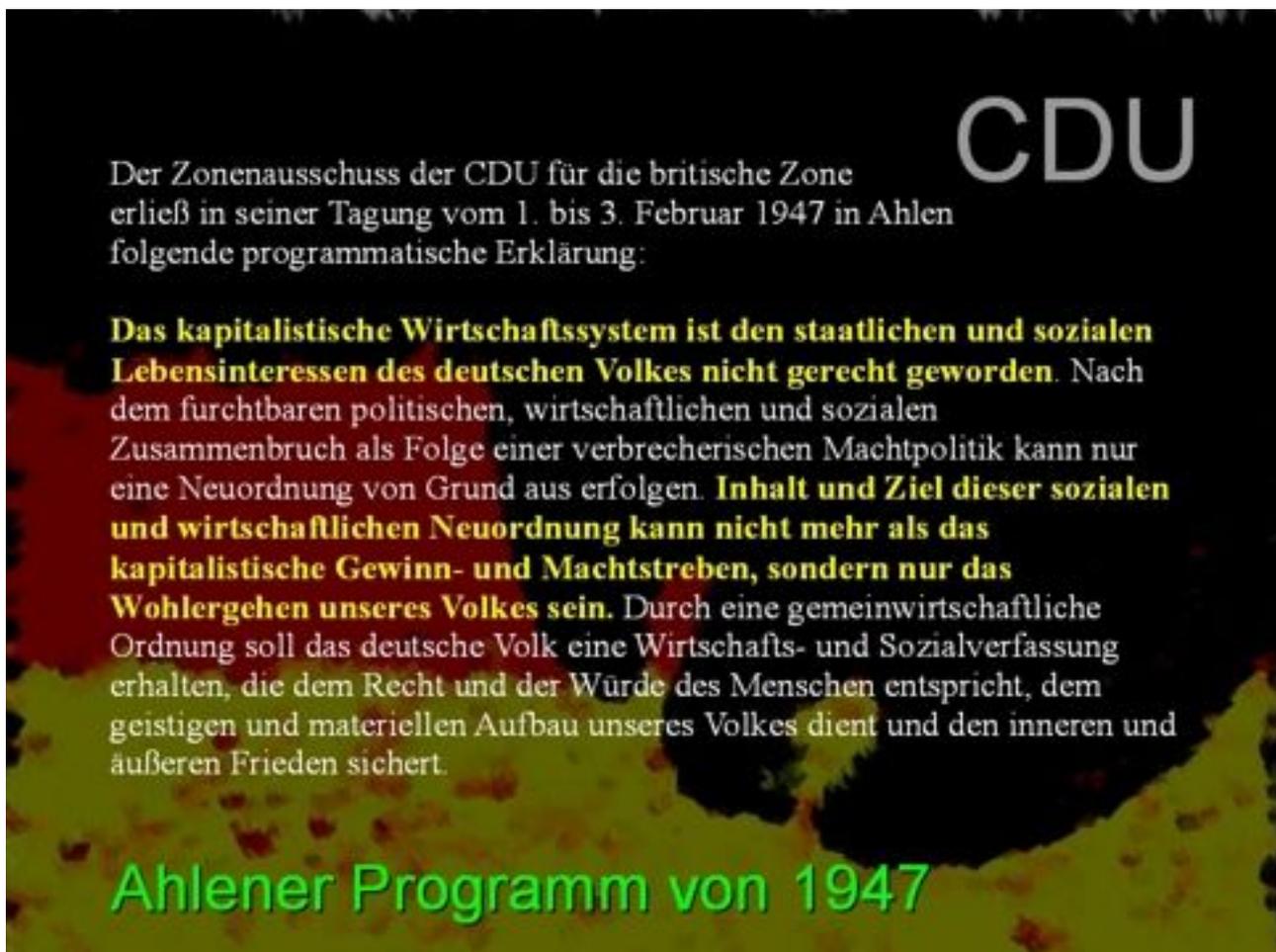
Der 2. Satz sagt an wozu das Eigentum verpflichtet: *Zum Wohl der Allgemeinheit.*

Das Grundgesetz war ursprünglich gar nicht für einen kapitalistischen Staat gedacht, sondern für eine Solidargemeinschaft.

Wer sein Eigentum gebraucht soll das auch zum Wohl der Allgemeinheit tun.

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können in Gemeineigentum überführt werden, wenn der Eigentümer sie nicht zum Wohl der Allgemeinheit gebraucht.

Das war das eigentliche Anliegen des Grundgesetzes.



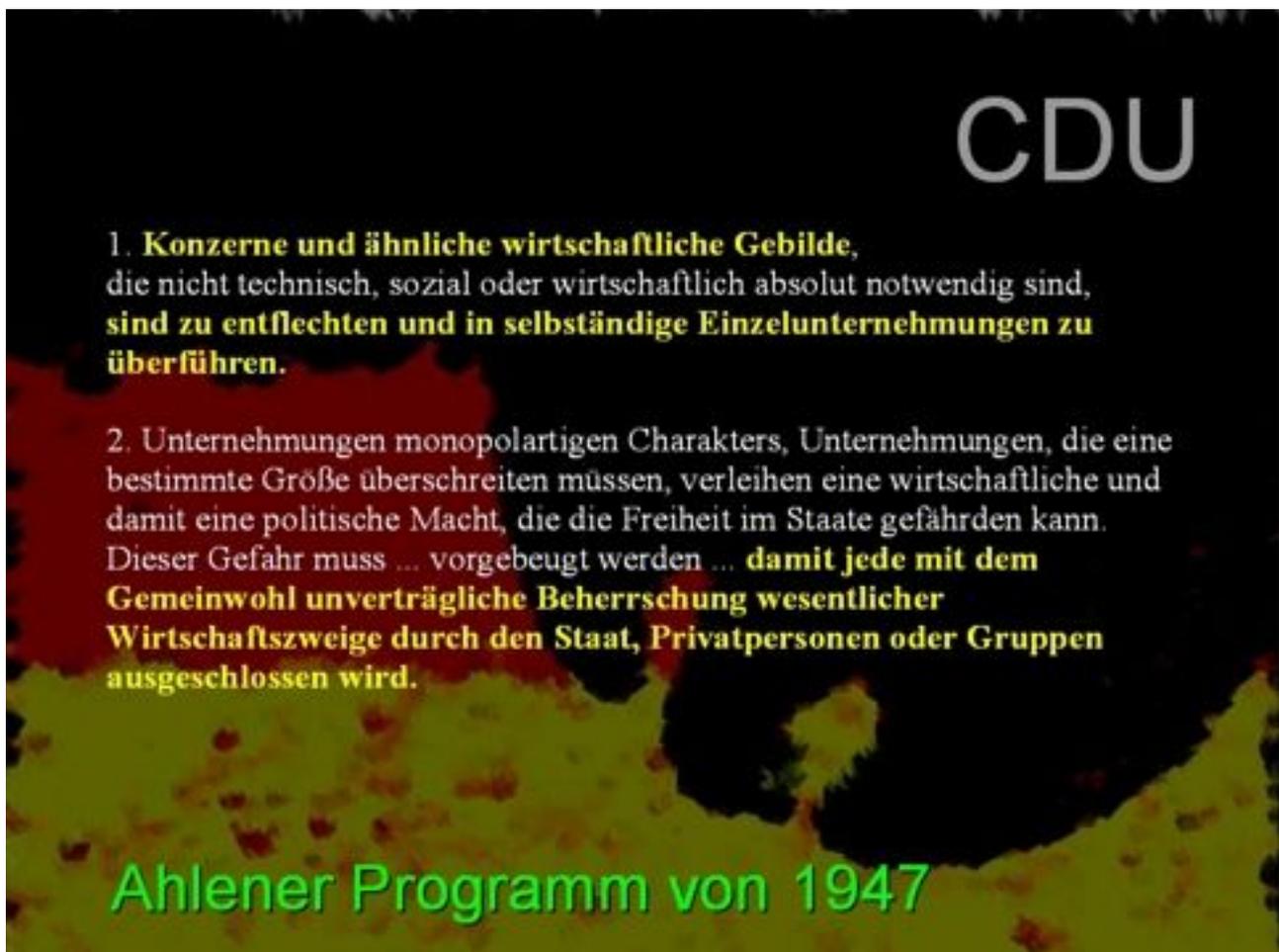
Nachlesen kann man das in dem Ahlener Programm der CDU von 1947.

Das Ahlener Programm ist das Grundsatzprogramm der CDU, der damals stärksten Partei des Landes.

Zitat: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden...“

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

Inhalt und Ziele dieses Programms sind auch die tatsächlichen Inhalte und Ziele des Grundgesetzes.



Warum aber wird das Grundgesetz nicht eingehalten?

Die Antwort finden wir hier:

„Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmungen zu überführen.

...damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen wird.“



Es sollten die Konzerne zerschlagen werden, die den Krieg ermöglicht und daraus Profit gezogen hatten.



Die Wirtschaft sollte reformiert werden, denn
„das erste und vornehmste Ziel sollte das Wohl des gesamten Volkes sein. Die deutsche Wirtschaft hat weder in erster Linie dem Wohle einer bestimmten Schicht zu dienen noch dem Auslande.“

Das also war der eigentliche Inhalt des Grundgesetzes: Die Wirtschaft reformieren und so zu zerstückeln, dass sie nie mehr in der Lage sein konnte eine beherrschende Rolle in dem Gemeinwesen zu spielen.



Damit die Abgeordneten und die Parteien nicht vom Kapital bestochen werden konnten, wurde der Artikel 21 geschaffen:

Die Parteien müssen dem Volk über die Herkunft ihrer Mittel Rechenschaft ablegen.



Das haben die stärksten Parteien, vor allem die CDU und die CSU in der Vergangenheit nicht getan, wie der Fall „Flick“ gezeigt hat. Flick hatte die Parteien über Jahrzehnte hinweg systematisch gekauft und so den Konzernen wieder zu einem Machtfaktor im Staate verholfen.

Auch Ex-Kanzler Kohl hat unerlaubte Parteispenden entgegen genommen und sich geweigert, die Namen der Spender bekannt zu geben
Mit 300.000 Euro Strafe durfte er sich, mit Billigung eines Gerichts, Unrecht erkaufen.

Dabei hat das Volk das Recht zu erfahren, welche Parteien von welchen Konzernen gekauft werden.

Mit dem Gerichtsurteil wurde deutlich: Alle Macht geht vom Kapital aus, das sich ungeniert Parteien kauft die ihre Vertreter als Volksvertreter ausgeben.

Und die Richterschaft deckt diesen Betrug.



Nach dem Wortlaut des Grundgesetzes haben die Parteien gar keine Macht auszuüben.

Parteien haben lediglich bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Parteien haben nicht mehr zu tun, als dieser Vortrag leistet. Sie sollen mit den vielen politischen Aufklärern **mitwirken**.

Parteien sollen keine Macht ausüben können.

Das waren die Lehren und Konsequenzen aus dem letzten Weltkrieg, den ein Führer mit seiner Partei und den Konzernen vorbereitet und begonnen hatte.

„Nie wieder Krieg“, war in den 60er Jahren der Wille des Volkes.



Deshalb steht im Artikel 26 des Grundgesetzes:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Schon die Vorbereitung eines Krieges ist unter Strafe zu stellen!

Das ist der eigentliche Grund, warum unsere Politiker nicht vom **Kriegseinsatz** in Afghanistan reden, denn der ist grundgesetzwidrig. Jeder Abgeordnete, der für den Einsatz gestimmt hat, müsste sich eigentlich vor Gericht verantworten.



Es gibt aufmerksame Menschen in diesem Land, die Strafanzeige gegen unsere Regierung erstattet haben.

Zuständig für derartige Strafanzeigen ist die Bundesanwaltschaft.

Die Bundesanwaltschaft urteilt, dass *"nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selbst strafbar"* seien, *"so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist"*

(AZ 3 ARP 8/06-3).

Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist strafbar. Das Führen des Krieges nicht.

Mit anderen Worten: Unsere Soldaten gehen unvorbereitet in die Kampfhandlungen, denn sie durften nicht dafür ausgebildet werden.



Wegen diesen Unsinn habe ich eine Strafanzeige gegen die Generalbundesanwältin erstattet.

Es wurden keine Ermittlungen aufgenommen.

Ich zeige hier den Briefkopf und das Ende des Schreibens.

Fällt jemandem etwas auf??

Es fehlt die Unterschrift. Das Dokument ist bedeutungslos und hat rechtlich keine Relevanz.

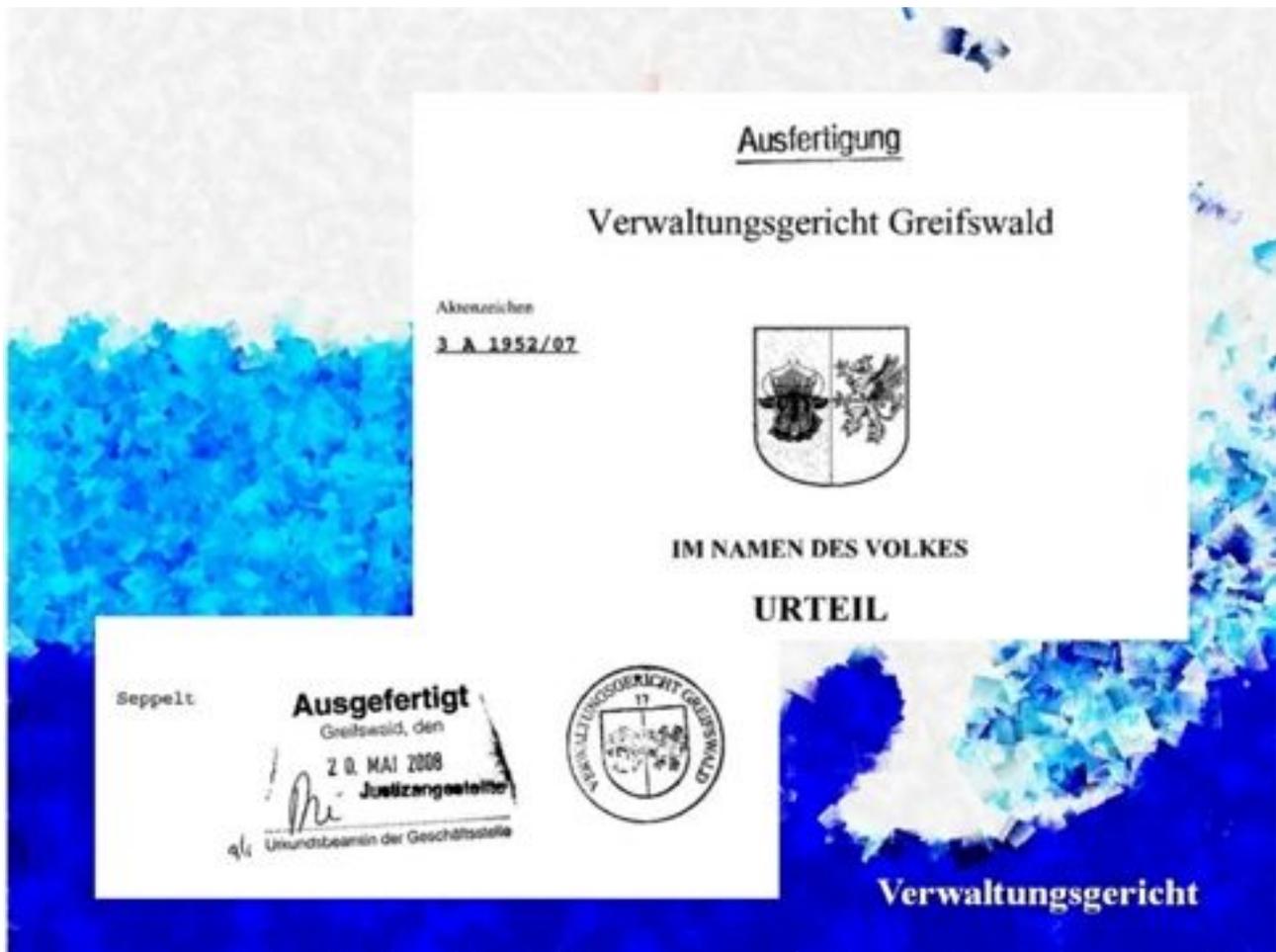
Ist das Zufall?



Aus verschiedenen Gründen hatte ich eine Strafanzeige gegen die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel erstattet.

Hier die Einstellung der Ermittlungen.

Auch hier fehlt die Unterschrift.



Ich hatte eine Klage gegen das Amt Uecker-Randow geführt.

Hier der Briefkopf und Ende des Urteils des Verwaltungsgerichts Greifswald.

Herr Seppelt hat vergessen, die Ausfertigung zu unterschreiben.

Das bestätigt eine Justizangestellte mit einem Kringel.

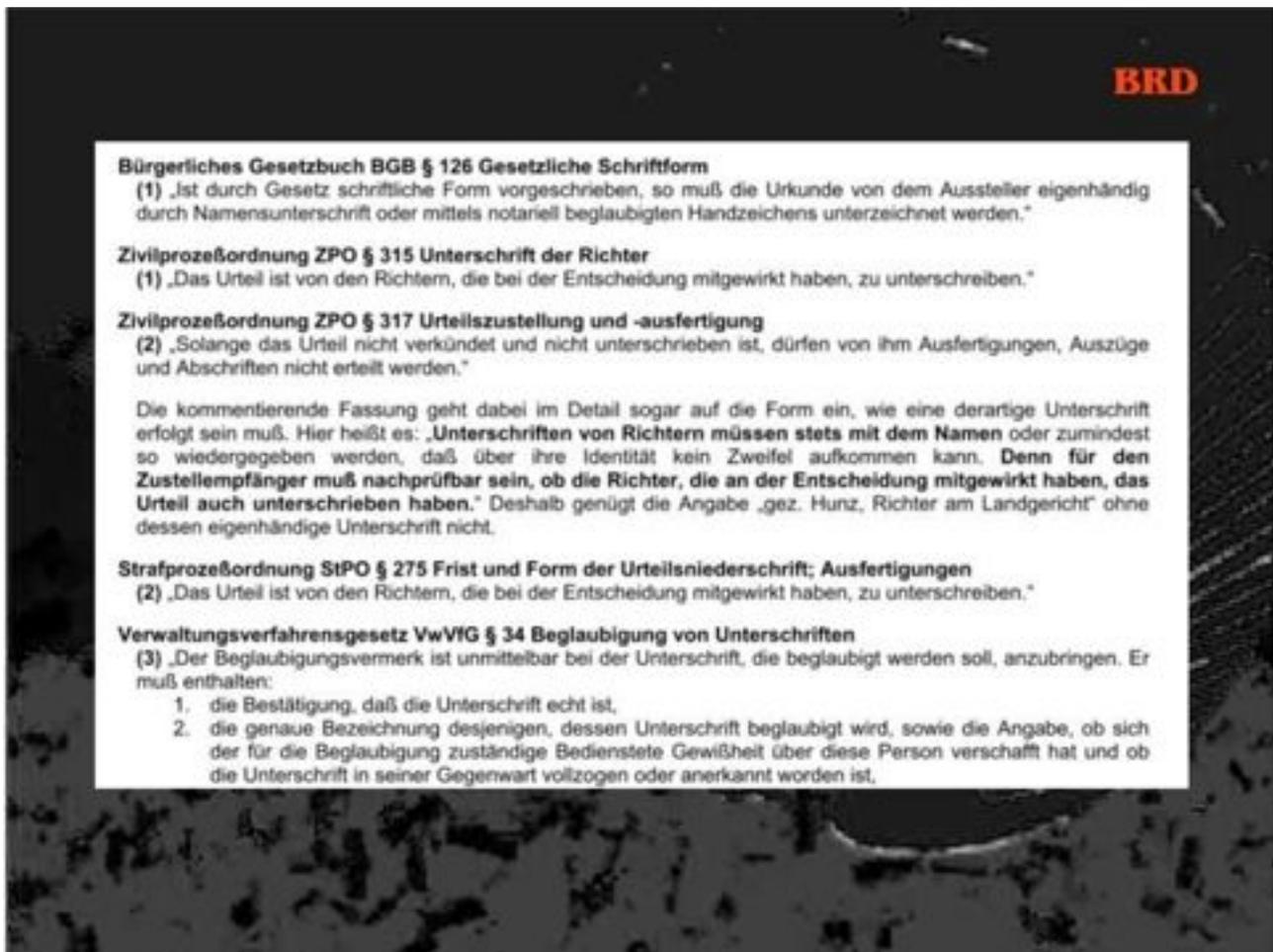
Angeblich soll das Original von Richter Seppel unterschrieben sein.

Der oder die Justizangestellte bestätigt jedoch mit ihrer Unterschrift, dass die Kopie genauso aussieht wie das Original.



Noch verwirrender wird es bei der Ablehnung einer Verfassungsbeschwerde:
Bearbeiter ist Herr Runzheimer.
Oberregierungsrat Maier handelt im Auftrag und vergisst zu unterschreiben.
Das beglaubigt eine Regierungsangestellte mit einer unleserlichen Unterschrift.

Daneben ein seltsamer Stempel.
Den schauen wir uns gleich näher an.



Erst einmal die gesetzlichen Regelungen zu den Unterschriften.

Kurz: Ein offizielles Dokument ist wertlos, wenn es nicht handschriftlich vom Verfasser unterschrieben wurde. Er steht mit der Unterschrift dafür gerade, dass der Inhalt richtig ist.

Fehlt die Unterschrift, kann es sich um einen wertlosen Entwurf handeln oder ein nicht abgesehenes Schreiben einer Büroangestellten.

Aus dem Verwaltungsverfahrensgesetz (siehe auf dem Bild unten) erfahren wir, was beglaubigt wird, nämlich die Unterschrift.

Fehlt die Unterschrift, ist die Beglaubigung reine Augenwischerei und die Urkunde wertlos.



Dieser Stempel besiegelt das Schreiben des Verfassungsgerichts.

Weiß jemand was das für ein Wappentier ist?



Das ist der Reichsadler.

Das sogenannte Verfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland benutzt den Reichsadler im offiziellen Stempel.

Warum?

Ganz einfach: Die Bundesrepublik Deutschland war noch nie ein Staat. Deshalb wird das Wappentier des noch nicht erloschenen, aber handlungsunfähigen Staates „Deutsches Reich“ von dem höchsten Gericht im Lande benutzt. Damit gibt das Gericht vor, in staatlichem Auftrag zu handeln. Der Staat ist das Deutsche Reich von 1937.



Ganz verwirrend wird es wenn man sich den Artikel 140 GG genauer anschaut. **Demnach gelten 5 Artikel der Weimarer Verfassung von 1919 auch heute noch.** Dort heißt es u.a.: „*Das Reich stellt die Grundsätze für die Leistungen an die Religionsgemeinschaften auf.*“

Wenn das Reich die Grundsätze aufstellt, kann auch nur das Reich die Grundsätze ändern. Es gibt aber schon lange kein Weimarer Reich mehr.

Im Artikel 137 der Weimarer Verfassung ist sogar ein Geltungsbereich genannt.

Zitat:

(2) Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluss von Religionsgemeinschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen.

Wie kann die BRD über das Reichsgebiet von 1919 bestimmen??

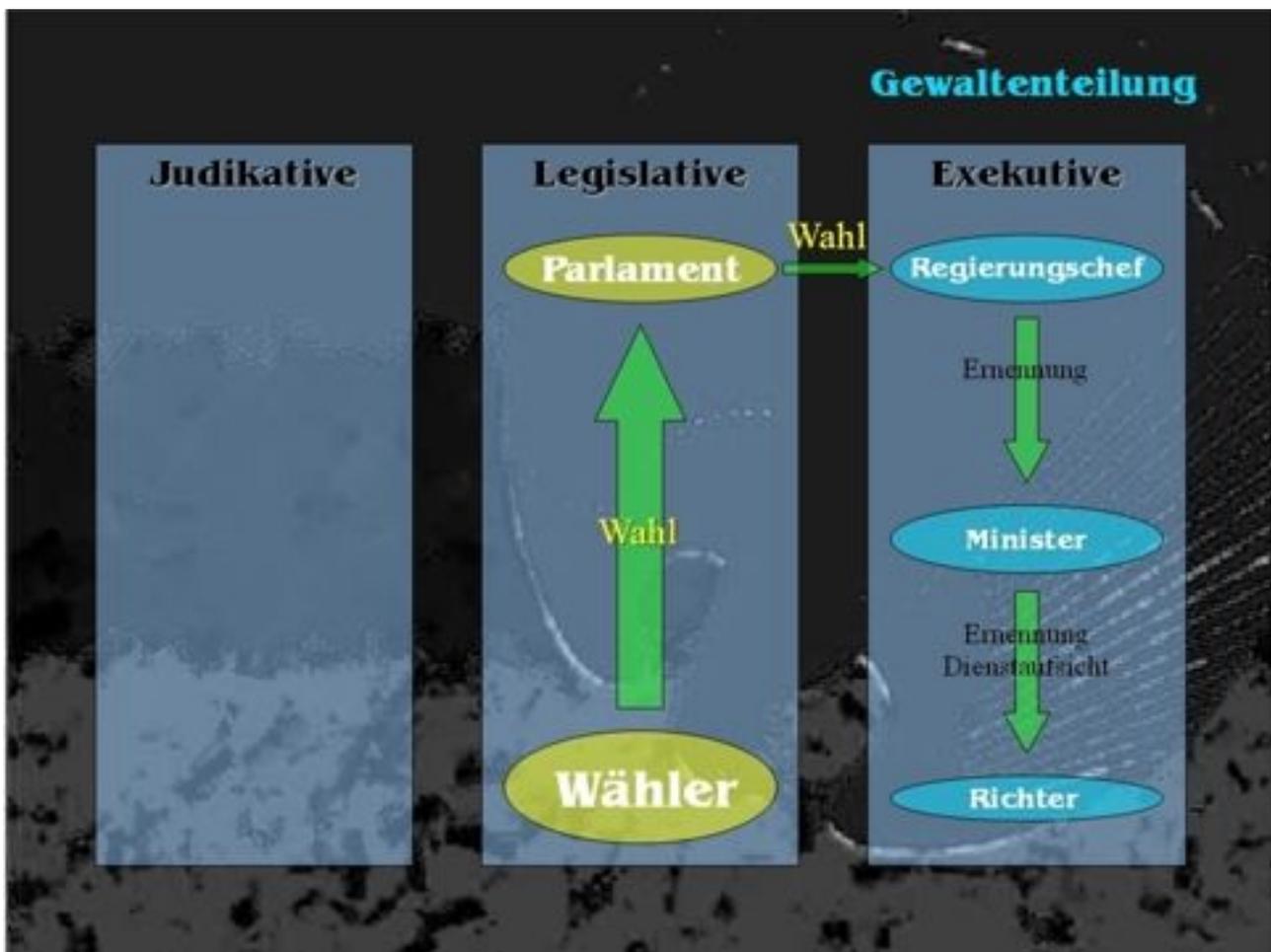
Wie ist es möglich, dass in einer angeblichen Verfassung ein derartiger Unsinn steht? Sollte nicht die Richterschaft den Gesetzgeber kontrollieren?



„Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut,“ heißt es im Grundgesetz.

Und „Die Richter sind unabhängig.“

Stimmt das?



Damit sind wir beim Thema Rechtsstaat angelangt.

Grundlage für einen Rechtsstaat ist die sogenannte Gewaltenteilung.

Es gibt die Judikative, das ist die Richterschaft.

Es gibt die Legislative, den Gesetzgeber.

Es gibt die Exekutive, das sind die ausführenden Organe: Beamte, Polizisten, Lehrer usw.

Diese 3 staatstragenden Säulen müssen voneinander getrennt sein und sich gegenseitig kontrollieren.

Dann erst haben wir einen Rechtsstaat.

Wie wir sehen hat die Richterschaft keine unabhängige Stellung.

Dass sie „Im Namen des Volkes“ Urteile spricht, ist blanker Hohn.

Das Volk hat ihnen nie eine Erlaubnis dazu erteilt.

Gewaltenteilung

Judikative	Legislative	Exekutive
<p>In Deutschland entscheiden die Justizminister über Auswahl, Anstellung und Beförderung von Richtern - zumeist allein, selten in einer für sie je nach Bundesland mehr oder weniger verbindlichen Zusammenarbeit mit Mitwirkungsgremien.</p> <p>In Deutschland führen Minister die oberste Dienstaufsicht über die Richterinnen und Richter.</p>		
		<p>In Deutschland sind die Gerichtspräsidenten in ihrer Eigenschaft als Behördenleiter Beamte und damit dem Justizminister nachgeordnete Organe der Exekutive. Richter sind sie nur ausnahmsweise und nur dann, wenn sie auch tatsächlich richterlich tätig werden (z.B. Prozessakten bearbeiten oder Gerichtsverhandlungen leiten, gleichrangig den anderen Zivilrichtern, Strafrichtern, Verwaltungsrichtern, Sozialrichtern etc.) In der dem Justizminister weisungsunterworfenen Beamteneigenschaft sind die Gerichtspräsidenten Leitungsorgane der Justizverwaltung und die Vorgesetzten der an den Gerichten beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter. In ihrer Beamteneigenschaft führen sie aber auch die unmittelbare Dienstaufsicht über die Richter. Als beamtete Vorgesetzte schreiben sie die für den beruflichen Lebensweg der Richter entscheidenden Dienstzeugnisse. Allein wegen ihrer weisungsgebundene Beamten-tätigkeit führen die Präsidenten ihre besonderen Amtsbezeichnungen und werden (deutlich) höher besoldet.</p>

Über 60 Jahre nach der Schaffung des Grundgesetzes „entscheiden noch immer die Justizminister über die Auswahl, Anstellung und Beförderung von Richtern... und ... Minister führen die oberste Dienstaufsicht über die Richterinnen und Richter.

Gerichtspräsidenten sind Beamte und dem Justizminister untergeordnet.

Als beamtete Vorgesetzte schreiben sie die Dienstzeugnisse der Richter.



Eine der beiden Richtervereinigungen, „Der Deutsche Richterbund“ forderte 2007:
Die Einführung der Selbstverwaltung der Justiz.

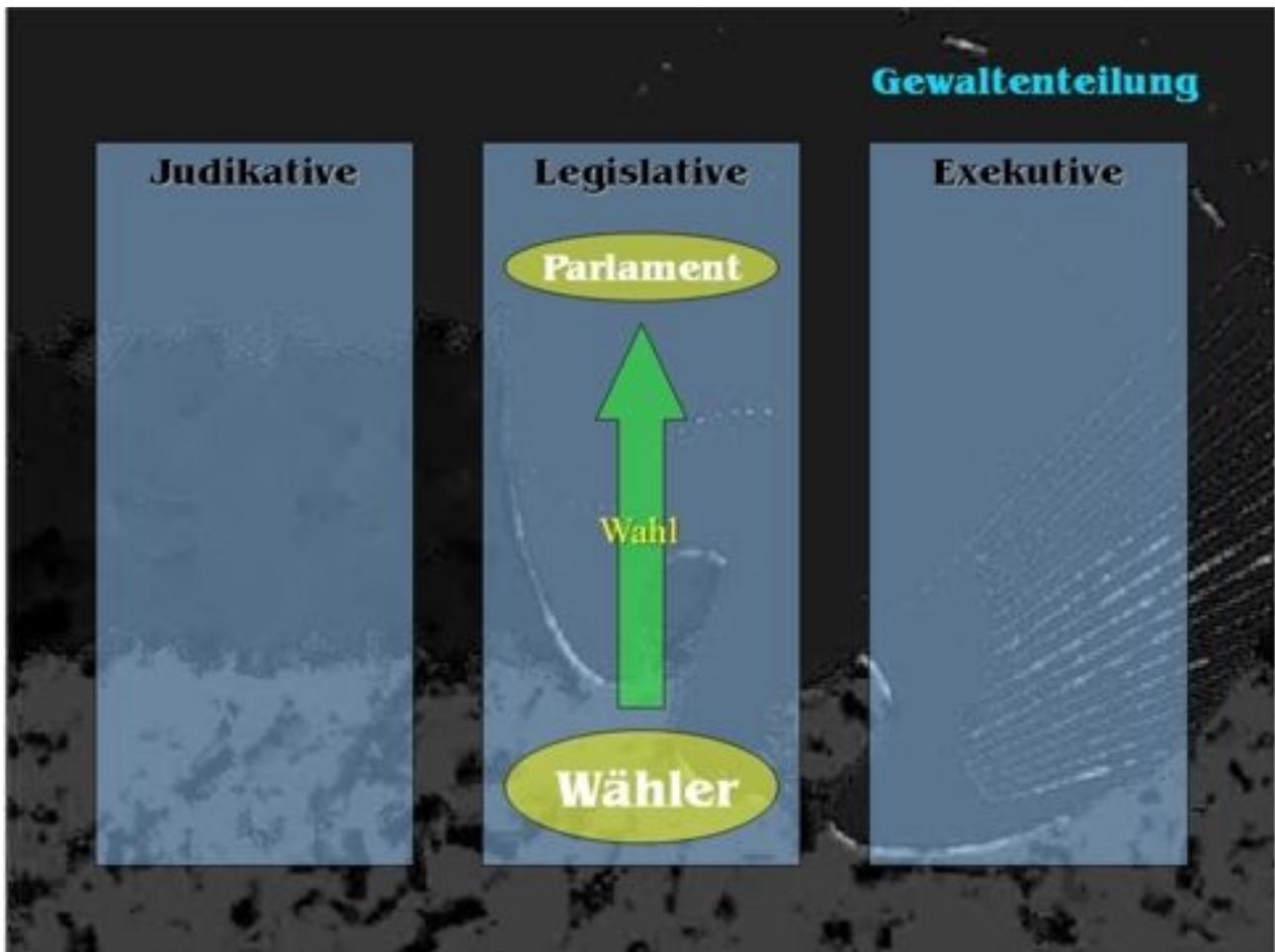


Die Neue Richtervereinigung veranstaltete 2008 erstmals eine internationale Tagung zur Unabhängigkeit der Justiz in der BRD.

Über 60 Jahre ist die Richterschaft ihrer Kontrollfunktion nicht nachgekommen.

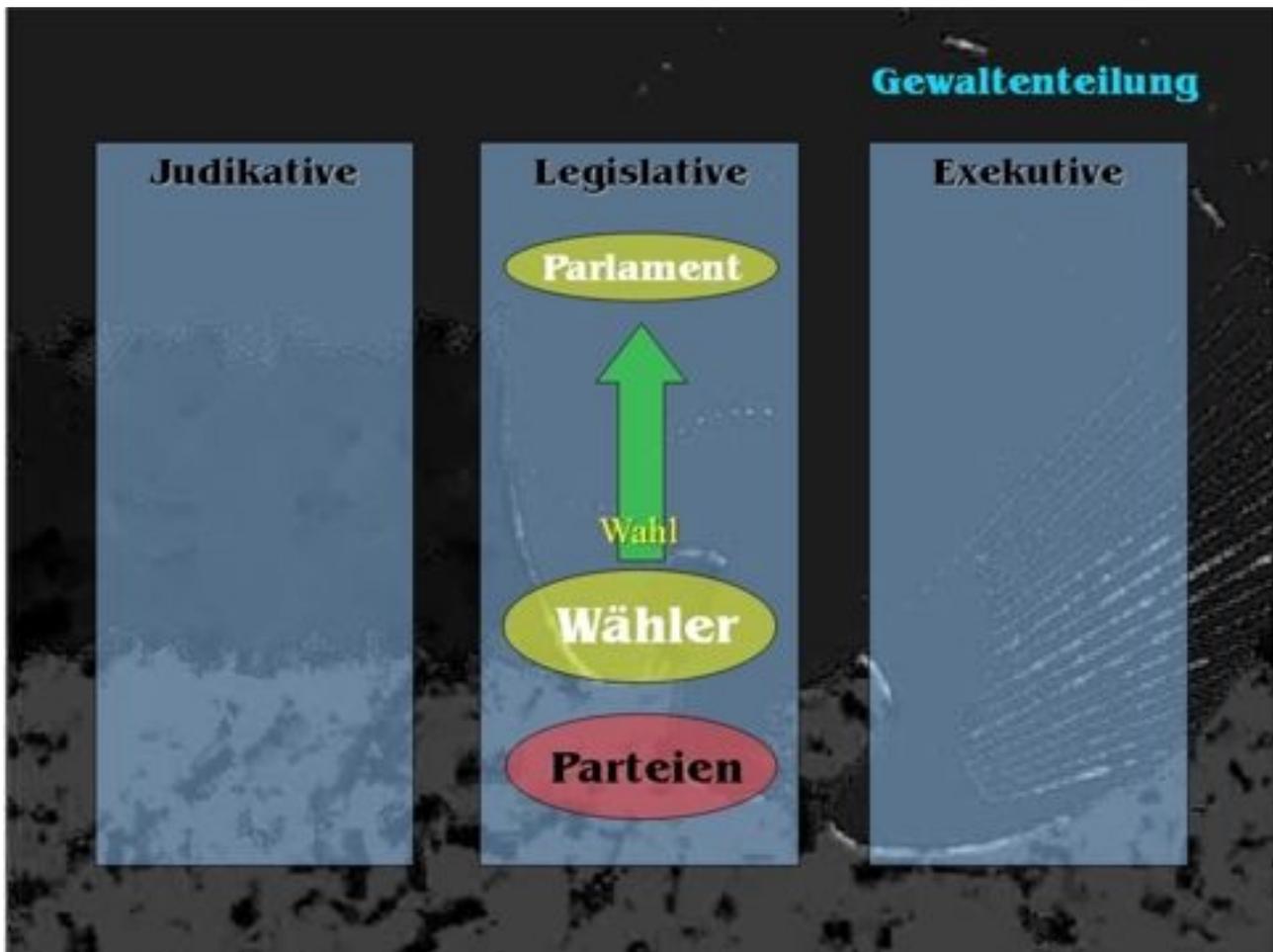
Über 60 Jahre konnten unsere Politiker sich frei entfalten.
Und das haben sie getan.

Hier einige Beispiele:



Dieses Bild hatten wir schon einmal.

So wird uns immer wieder die Entstehung der Legislative erklärt: **Der Wähler wählt das Parlament.**



Bevor der Wähler zur Urne schreitet, hat schon eine Wahl stattgefunden. Innerhalb der Parteien werden diejenigen Kandidaten gewählt, die die Partei vertreten sollen.

Wir haben es bei den Abgeordneten des Bundestages oder der Landtage nicht mit Volksvertretern zu tun, sondern mit Parteienvertretern.

Das Wort Partei enthält das englische Wort „Part“, und das heißt: Teil.

Eine Partei vertritt also immer nur einen Teil des Volkes und nie das ganze Volk. Daher ist der Begriff „Volkspartei“ meist unsinnig. In der BRD gäbe es dann mehrere Völker, das CDU-Volk, das SPD-Volk und in Bayern das CSU-Volk.

Das war von dem Grundgesetzgeber anders vorgesehen.



Die Abgeordneten sollen **Vertreter des ganzen Volkes** sein.

Sie müssen in **unmittelbarer** Wahl gewählt werden.

Unmittelbar heißt: Ohne Vermittlung durch eine Partei. Das Grundgesetz sieht nur eine Direktwahl vor und keine Listenwahl.

2/3 der Abgeordneten des Bundestages erhalten über eine Liste der Parteien ihr Mandat. Das ist grundgesetzwidrig.

Nur in einer direkten Wahl sind die Abgeordneten wirkliche Volksvertreter.

Eine Partei, die nur 7 oder 10% der abgegebenen Stimmen auf sich verbuchen kann, aber als Koalitionspartner gebraucht wird, bringt Abgeordnete ins Parlament, die weniger Stimmen erhalten haben als Kandidaten größerer Parteien, die nicht an der Macht beteiligt werden.

Volkstreverteter

Art. 38 Grundgesetz
(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.
(2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.
(3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

StGB § 92 Begriffsbestimmungen
(1) Im Sinne dieses Gesetzes beeinträchtigt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland, wer ihre Freiheit von fremder Botmäßigkeit aufhebt, ihre staatliche Einheit beseitigt oder ein zu ihr gehörendes Gebiet abtrennt.
(2) Im Sinne dieses Gesetzes sind Verfassungsgrundsätze
1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf die Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte und
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

Selbst im StrafGesetzBuch steht, es sei das Recht des Volkes, ihre Abgeordneten in unmittelbarer Wahl zu wählen.

Oben ist noch einmal der Wortlaut des Grundgesetzes.

Darunter § 92 Strafgesetzbuch.



Wenn jemand ein Amt bekleidet, das ihm nicht zusteht, so ist das Betrug. Dass es sich hierbei um Wahlfälschung handelt, kann man ebenfalls im Strafgesetzbuch nachlesen.

Demnach war keine der Bundestagswahlen seit 1949 rechtmäßig.

Nach meinen Informationen haben etwa 200 Bürgerinnen und Bürger die letzten Bundestagswahlen angefochten.

Das Bundesverfassungsgericht behauptet nun, der Gesetzgeber selbst sei für die ordnungsgemäße Wahl zuständig.

Daran kann man die Rolle dieses Gerichts gut erkennen, es lässt den Souverän, die Bürger im Stich.



Ich habe Strafanzeige gegen die Abgeordneten erstattet, die über die Listenwahl ihr Mandat erhalten haben.

Auch hier wurden keine Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft aufgenommen.

57 Jahre nach Gründung der BRD merkt auch die Richterschaft, dass etwas nicht stimmt im angeblichen Staat und fordert nun, da das Lügengebäude in sich zusammen bricht, die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft.

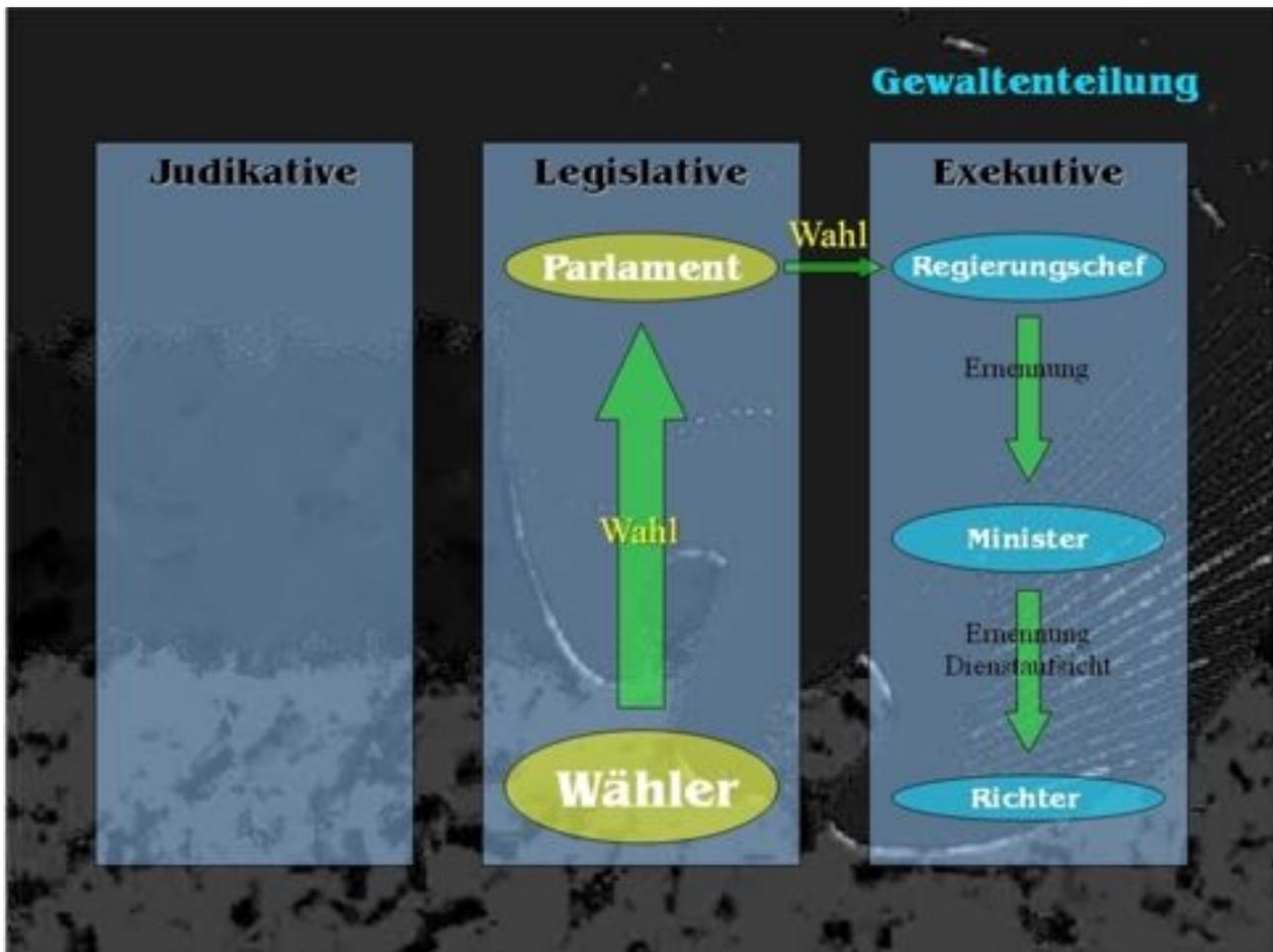


Das ist die Web-Seite des Generalbundesanwalts.

Darin steht: *Die Ranghöchsten Staatsanwälte am Bundesgerichtshof sind „politische Beamte“ und müssen in Ansichten und Zielsetzung mit der Regierung übereinstimmen.*

Mit anderen Worten: Die Regierung wird durch ihre eigenen Staatsanwälte geschützt.

Der Bundesgerichtshof ist nicht Teil der rechtsprechenden Gewalt.



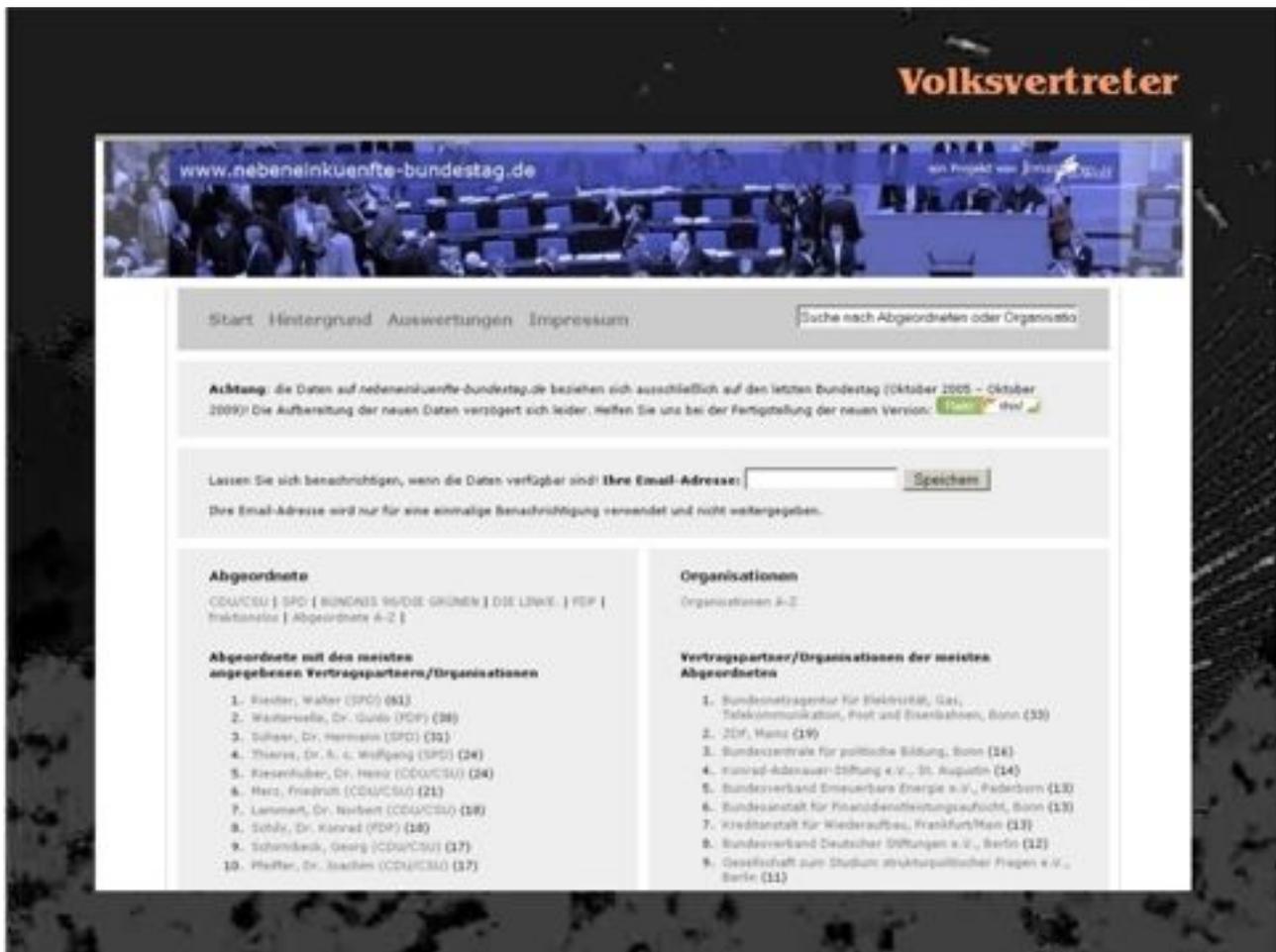
Und so können sich die Abgeordneten sicher sein, dass sie nicht belangt werden, auch wenn sie gegen das Grundgesetz verstoßen. Und das tun sie mehrfach.

Dieses Bild hatten wir bereits.

Können Sie mir sagen, zu welcher Staatsgewalt unsere Bundeskanzlerin gehört?

Sie ist als Abgeordnete Mitglied der Legislative und als Kanzlerin ist sie Mitglied der Exekutive.

Unsere Kanzlerin und die Mehrzahl ihrer Minister kontrollieren sich selbst und handeln damit rechtswidrig.



Abgeordneter oder Volksvertreter ist man hauptberuflich für die Dauer des Mandats.

Demnach ist die Tätigkeit als Kanzlerin oder Minister eine Nebentätigkeit.

Andere Volksvertreter vertreten nebenbei oder hauptberuflich einen Konzern, eine Versicherung oder die Bundesnetzagentur¹, die alleine 33 Vertreter im Parlament sitzen hat.

Herr Riestler (SPD) hat neben dem Volk noch 61 weitere Vertragspartner.

¹ Die Bundesnetzagentur ist zuständig für die Strom- und Gasversorgung



Dabei ist auch das ganz anders geregelt.

In den Protokollen des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz ausgearbeitet hat, steht, **die Abgeordneten machen für die Dauer ihres Mandats Urlaub von ihrem Beruf.** Nur so können sie sich voll und ganz dem Wohl der Allgemeinheit widmen. Weil sie dann keine Einnahmen mehr haben, erhalten sie eine Entschädigung. Die Entschädigung ist so hoch bemessen, dass sie gut davon leben können und unabhängig von weiteren Geldgebern sind.

Ein Volksvertreter erhält heutzutage monatlich etwa 8000 Euro Entschädigung für seine Unabhängigkeit.

Außerdem erhält er eine Aufwandsentschädigung von etwa 4000 Euro monatlich, ohne den Aufwand belegen zu müssen.

Da diese 12.000 Euro im Monat noch nicht genug sind, haben die meisten Volksvertreter noch satte Nebeneinnahmen, für die sie auch etwas tun müssen, sonst wäre die Korruption offensichtlich.

Und so kommt es, dass der Plenarsaal des Bundestages bei Sitzungen oftmals gähnend leer ist. Die Damen und Herren vertreten dann gerade ihre Partei bei einer Wahlveranstaltung oder sitzen im Vorstand einer Bank oder halten einen Vortrag über die sichere Atomkraft... und und und...



Die Bundeskanzlerin und die meisten ihrer Ministerkollegen sind hauptberuflich Volksvertreter. So schreibt es das Grundgesetz vor. Nebenbei sind sie Kanzlerin oder Minister.

Tatsächlich üben sie ein besoldetes Amt aus und erhalten nebenbei noch eine Entschädigung als Volksvertreter.

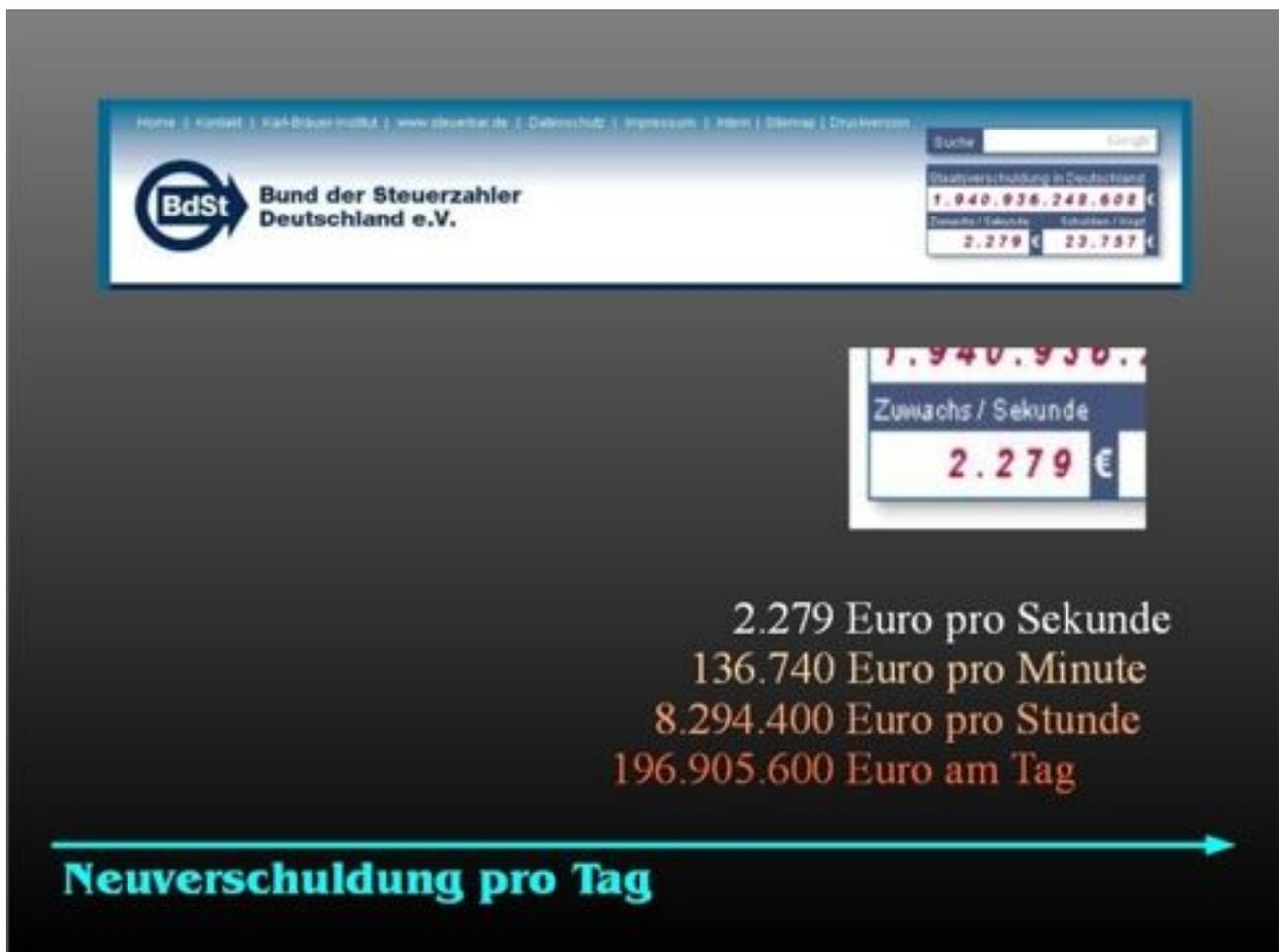


Die Bundeskanzlerin und ihre Ministerkollegen haben einen Diensteid geschworen, den man sich auf der Zunge zergehen lassen sollte.

Sie schwören, Schaden vom Volk abzuwenden und gerecht gegenüber jedermann zu sein.

- Wer sich selbst zehntausende Euro im Monat aus der Staatskasse zubilligt und Hartz IV-Empfänger mit einigen Hundert Euro abspeist, ist ungerecht.

- Wer den Staat, also die Bevölkerung, mit 2.000 Milliarden Euro verschuldet und die Volkseigenen Betriebe an Konzerne verkauft, fügt dem Volk einen schweren Schaden zu.



Es folgen 2 Bilder aus meinem Vortrag „Zukunftsorientiertes, regionales Wirtschaften“.

Hier sehen wir Ausschnitte aus der Web-Seite des Bundes der Steuerzahler. Zu erkennen ist die Schuldenuhr, die sich in rasendem Tempo dreht.

Fast 200 Millionen Euro Schulden machen unsere Politiker täglich.

Niemand konnte mir bisher sagen wer diese Schulden wann zurückzahlt.

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte¹⁾

Ausgaben ²⁾ /Einnahmen ³⁾ / Schulden	Bund			Sozialversicherung			EU-Anteile			Länder		
	1. H. 2009	1. H. 2008	Verände- rung	1. H. 2009	1. H. 2008	Verände- rung	1. H. 2009	1. H. 2008	Verände- rung	1. H. 2009	1. H. 2008	Verände- rung
	MILL. EUR		%	MILL. EUR		%	MILL. EUR		%	MILL. EUR		%
Ausgaben	169645	153278	+10,7	248021	236913	+4,7	8984	12473	-28,0	147591	135115	+9,2
darunter:												
Personalausgaben	21334	19897	+7,2	8009	7511	+6,6	-	-	-	54441	52529	+3,6
Laufender Sachaufwand	9590	8223	+16,6	88315	83772	+5,4	-	-	-	13977	13063	+7,0
Zinsausgaben	18986	20640	-8,5	186	186	+0	-	-	-	12698	13032	-2,6
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ⁴⁾	73964	74473	-0,7	6949	9659	-28,1	-	-	-	38413	36767	+4,5
Soziale u. ä. Leistungen	15081	15229	-1,0	147349	141727	+4,0	-	-	-	4689	4129	+13,6
Sachinvestitionen	2696	2474	+9,0	279	184	+51,6	-	-	-	2658	2208	+20,4
Baumaßnahmen	2017	1972	+2,3	51	60	-15,0	-	-	-	1471	1508	-2,5
Erwerb von Sachvermögen ⁵⁾ ...	679	502	+35,3	227	125	+81,6	-	-	-	1387	700	+98,1
Darlehensgewährungen	1083	1163	-6,9	3	10	-70,0	-	-	-	2778	798	+248,1
Erwerb von Beteiligungen	14498	620	X	43	34	+26,5	-	-	-	7199	539	X

Quelle: Stat. Bundesamt

Zinsausgaben im staatl. Haushalt

Dies ist ein Ausschnitt aus einer Tabelle des Statistischen Bundesamtes.

Wir sehen: **Die Zinszahlungen für die Schulden sind höher als die Sozialen Leistungen**, und zwar sowohl beim Bund als auch bei den Ländern.

Zinsen sind leistungslose Einkommen. Der Kreditgeber muss dafür nicht arbeiten.

So unterstützen unsere Bundes- und Länderregierungen weltweit reiche Privatpersonen, Konzerne, Versicherungen und Banken.

Auf diese Art und Weise werden die Reichen immer reicher und der Mittelstand und die Armen immer ärmer.

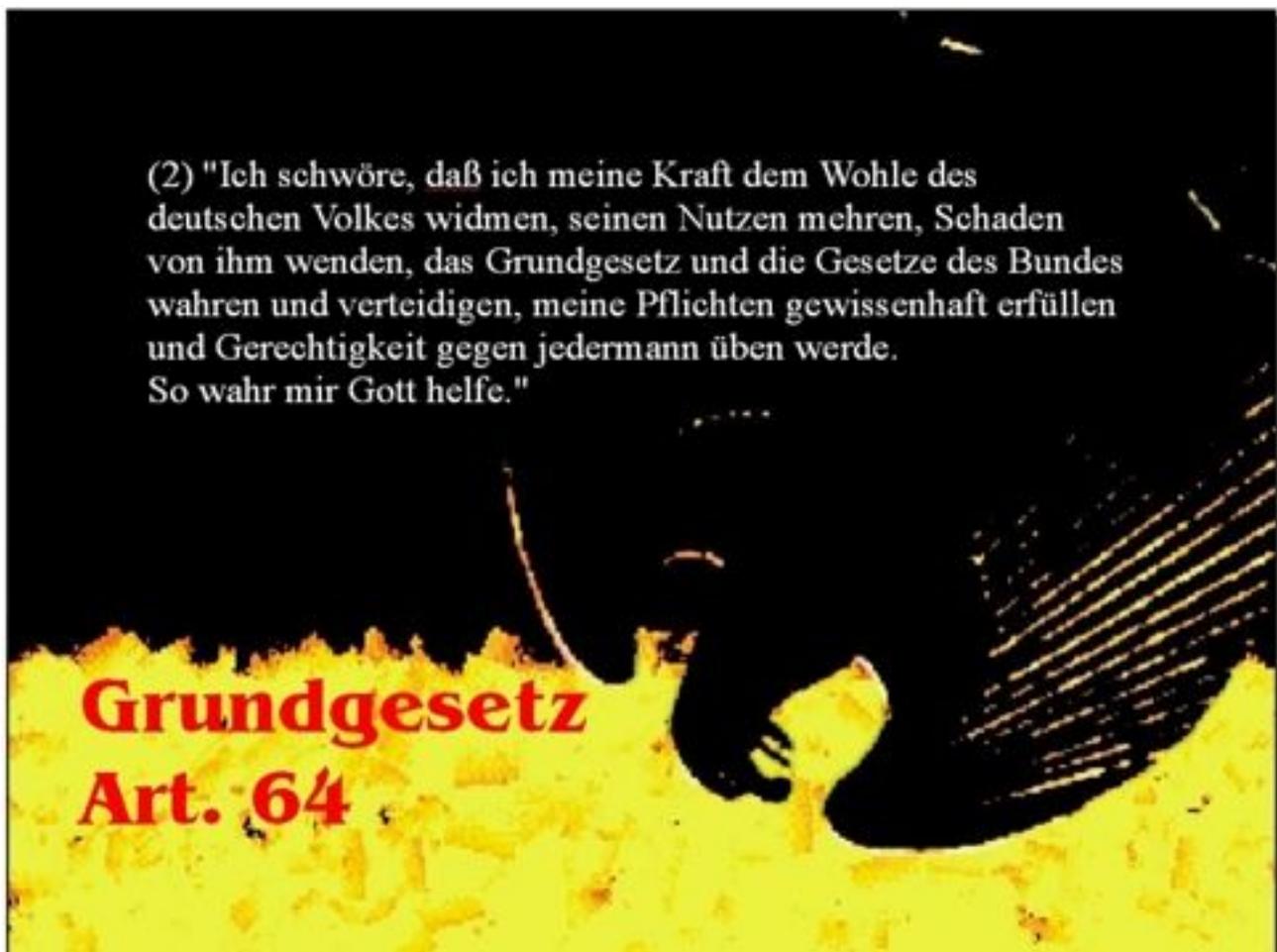


Zurück zum Grundgesetz. Dort heißt es im Artikel 110: *Der Haushaltsplan ist auszugleichen.*

Wie kommt es, dass wir so viele Schulden haben, wenn der Haushalt ausgeglichen sein muss?

Das machen unsere Politiker so:

Die Neuschulden zählen als Einnahmen. Damit gleichen sie die Ausgaben aus. Die angehäuften Schulden selbst tauchen dann im Haushaltsplan nicht mehr auf. Sie werden ausgelagert und wachsen und wachsen und wachsen...



Nochmal zurück zu dem Eid, der feierlich gegenüber der Öffentlichkeit abgelegt wird.

Wir erinnern uns: **Wir sind das Volk und wir sind der Souverän.**

Die Politiker vertreten nur unsere Interessen. Sie schwören uns gegenüber, und wir haben das Recht, den Eid einzuklagen.

Denkt man.

Tatsächlich sind die Diensteide leere Versprechungen und man kann einen Verstoß dagegen nicht strafrechtlich verfolgen.

Dabei gibt es, rechtlich gesehen, nur den **Eid**, den **Falscheid** und den **Meineid**.

Dass ein Politiker nicht weiß, was er tut und versehentlich einen Eid bricht, ist unwahrscheinlich. Also verletzt er den Eid absichtlich. Demnach handelt es sich um einen Meineid.

Nach § 154 Strafgesetzbuch wird ein Meineid bestraft mit:

„*Freiheitsstrafe nicht unter 1 Jahr.*“



Dass kein **Politiker**, kein **Richter** und kein **Staatsanwalt** daran etwas ändern will kann man verstehen.

Sie alle leisten schon bei Dienstantritt einen Meineid. Es gibt, wie bereits erwähnt, keinen Staat dem sie dienen könnten. Sie alle sind Teil einer Nichtstaatlichen Organisation.

Sie alle erfüllen keine hoheitlichen Aufgaben. Daher fehlen ihre Unterschriften unter den gezeigten Dokumenten.

Richter, Staatsanwälte und Beamte haben einen Beruf auf Lebenszeit, ein gutes Gehalt und eine ordentliche Rente. Damit werden sie von den Politikern gekauft. Politiker müssen 4 oder 8 Jahre ihre Partei vertreten und können sich dann mit Rentenansprüchen zur Ruhe setzen, die ein Arbeiter nie erreichen kann.

Die Staatsgewalten lassen es sich gut gehen.

Die Zeche zahlen die Arbeiter, die Angestellten und die Handwerker.



Fast die Hälfte des Staatshaushalts gehen für das Staatspersonal und die Aufrechterhaltung des angeblichen Staates drauf.



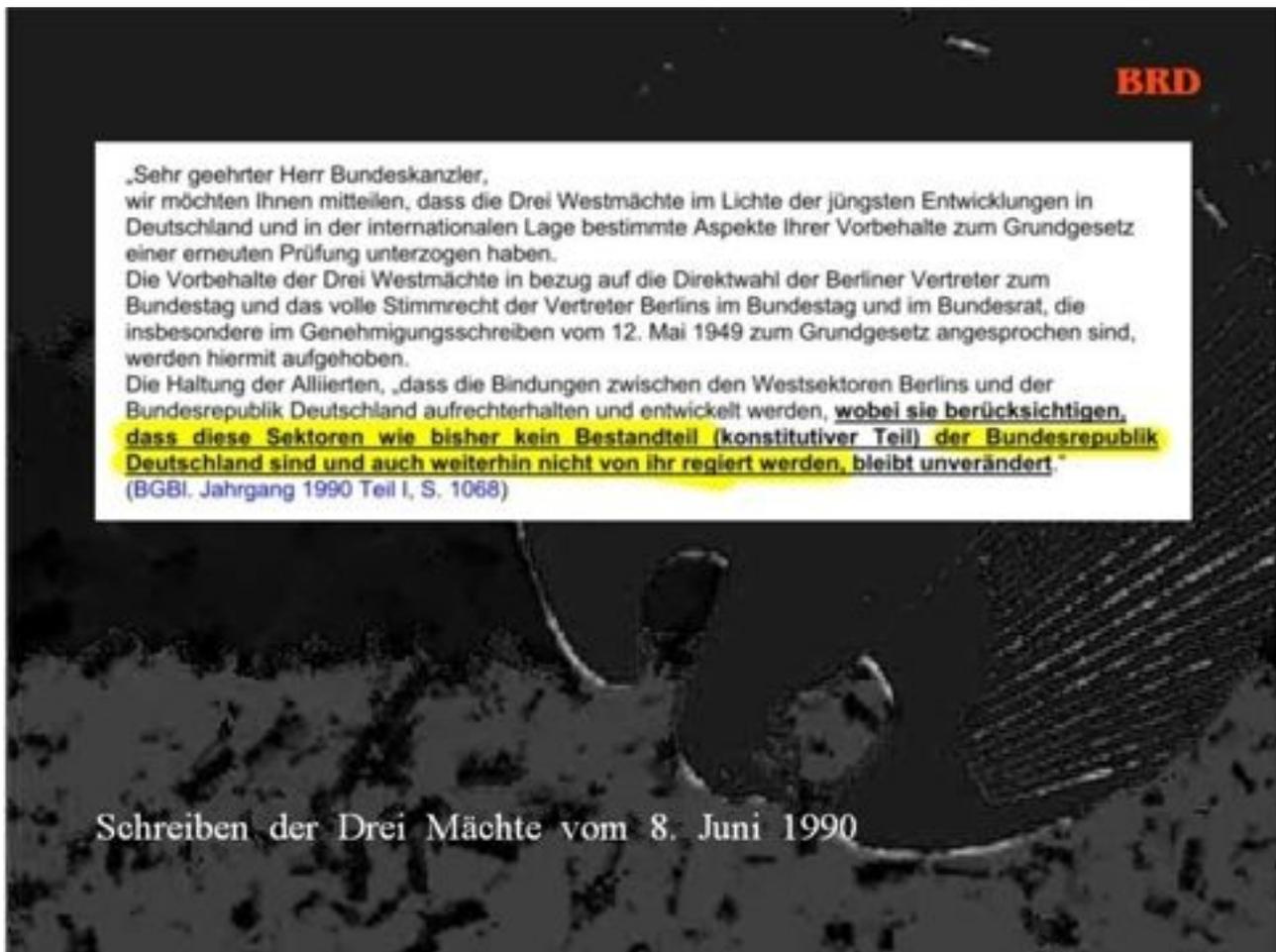
Weniger als 5% des Staatshaushalts fließen in soziale Leistungen.
Dabei steht im Grundgesetz, wir hätten einen *sozialen Bundesstaat*.

Weil keine Kontrolleure da sind, obwohl sie dafür bezahlt werden, kann das Volk belogen und betrogen werden.

Hier ein weiteres Beispiel:



Im Grundgesetz steht : „*Die Hauptstadt der BRD ist Berlin*“



Berlin war noch nie Hauptstadt der BRD und wird es auch nicht sein, schreiben die 3 Mächte, die noch 1990 das Sagen hatten.



Deshalb sind die Hauptsitze der Ministerien in Bonn und nicht in Berlin.

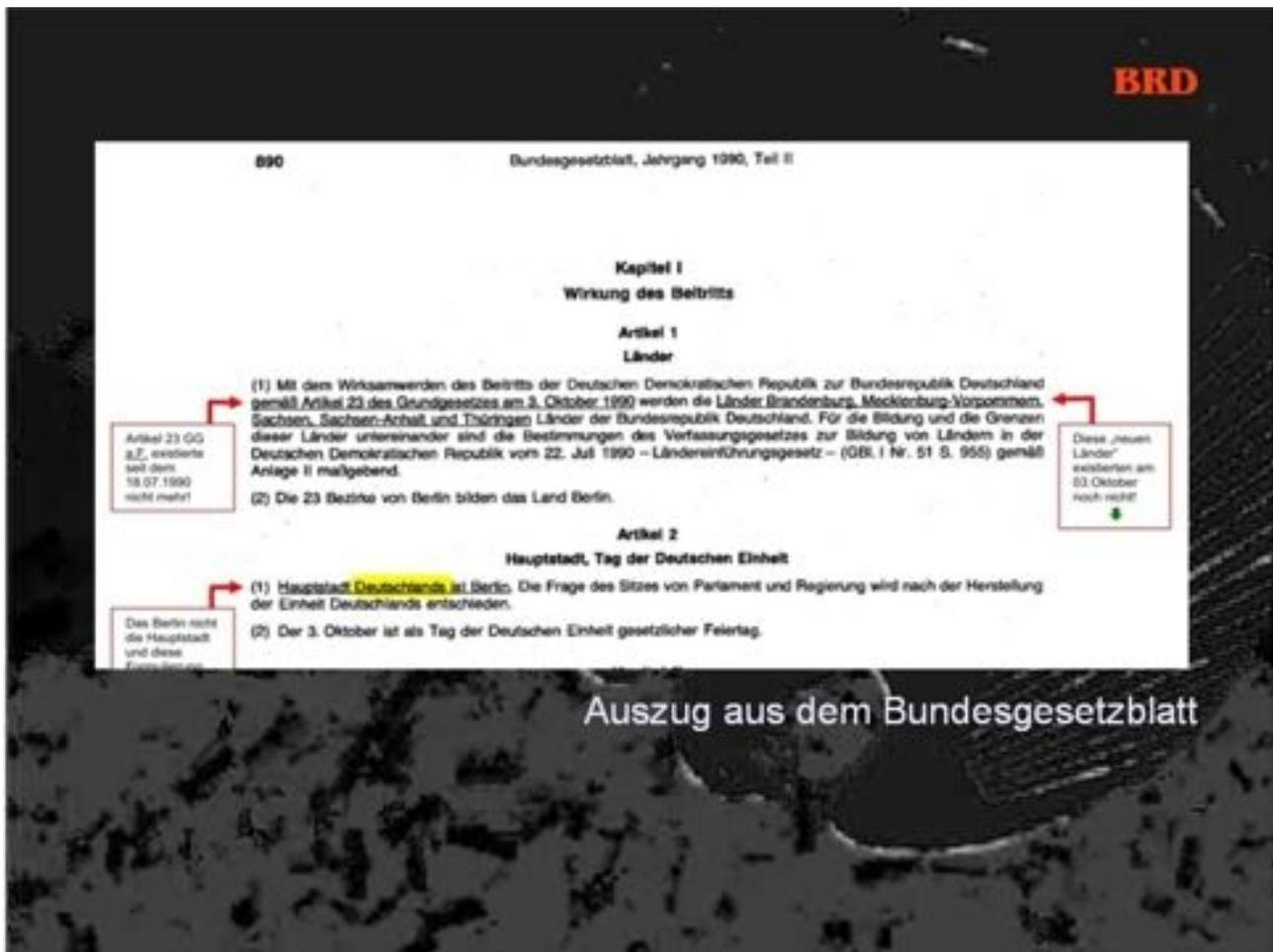
Dieses Gesetz ist aus dem Jahre 1994.

Und so pendelt die Ministerialbürokratie auf Kosten der Bevölkerung einmal pro Woche von Berlin nach Bonn und wieder zurück.

Geldverschwendung aus Prestige Gründen.

Wer in der Weltpolitik mitmischen will, kann nicht in Bonn sitzen.

Die Weltstadt Berlin muss es sein.



Berlin ist auch nicht die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, wie es im Grundgesetz steht, sondern: **Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland.**

Das konnte man 1990 im Bundesgesetzblatt nachlesen. So steht es im Einigungsvertrag von 1990.



Sie erinnern sich. Dieses Bild hatten wir eingangs bereits.

Das ist Deutschland,
und Berlin ist die Hauptstadt davon.



„Germany“, also Deutschland, heißt unser Land seit 1990 auch bei den Vereinten Nationen.

Deutschland hat kein einzig Volk.

- Es fehlen noch die Menschen jenseits von Oder und Neiße.

Deutschland hat keine Verfassung.

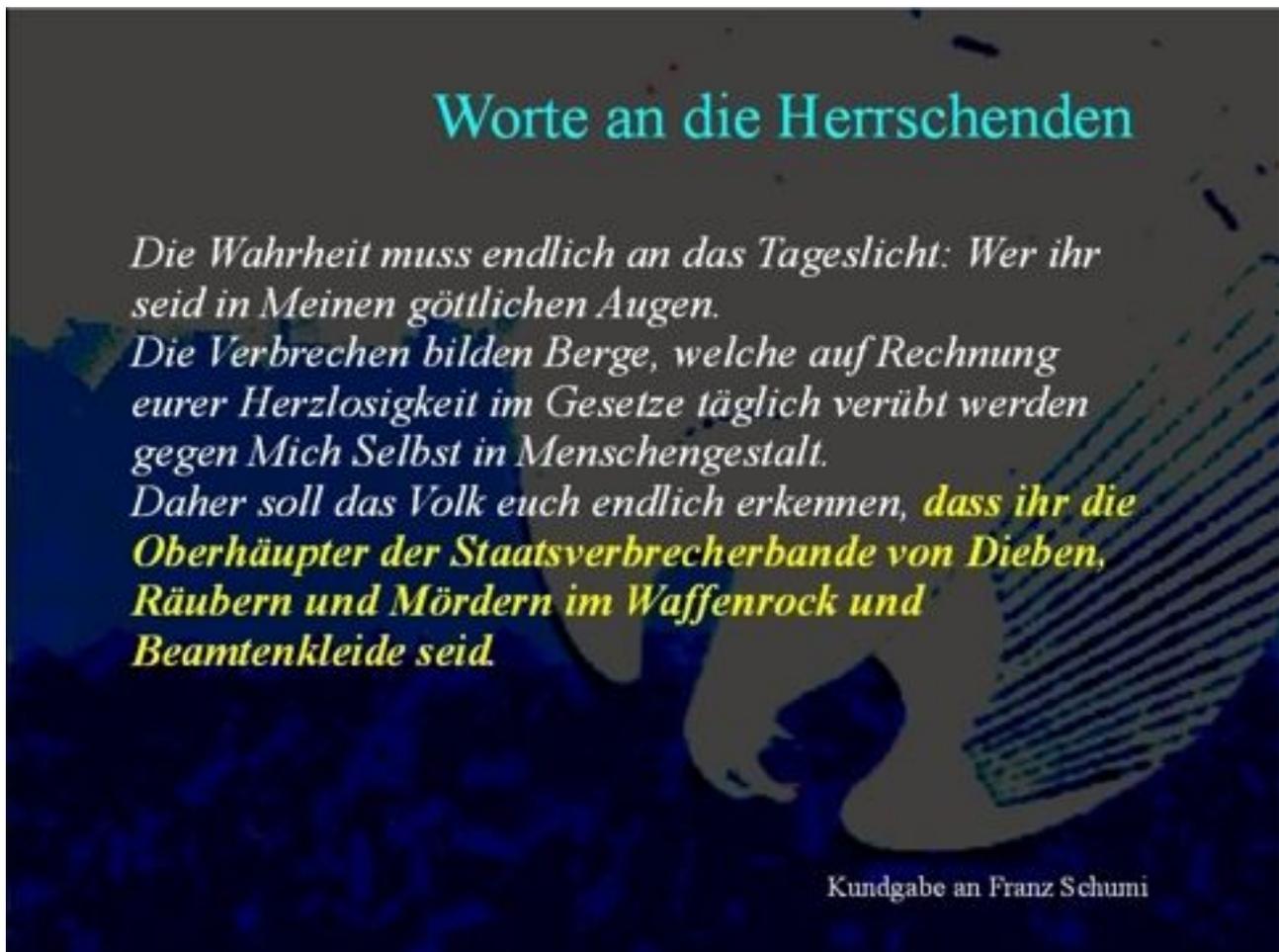
- Das Grundgesetz ist keine Verfassung und gilt nur für die BRD.

Deutschland hat keine Regierung.

- Die Bundesregierung regiert lediglich über die Bundesrepublik von Deutschland und die ist kein Staat.

Kurz zusammengefasst:

Seit über 60 Jahren werden wir belogen und betrogen.

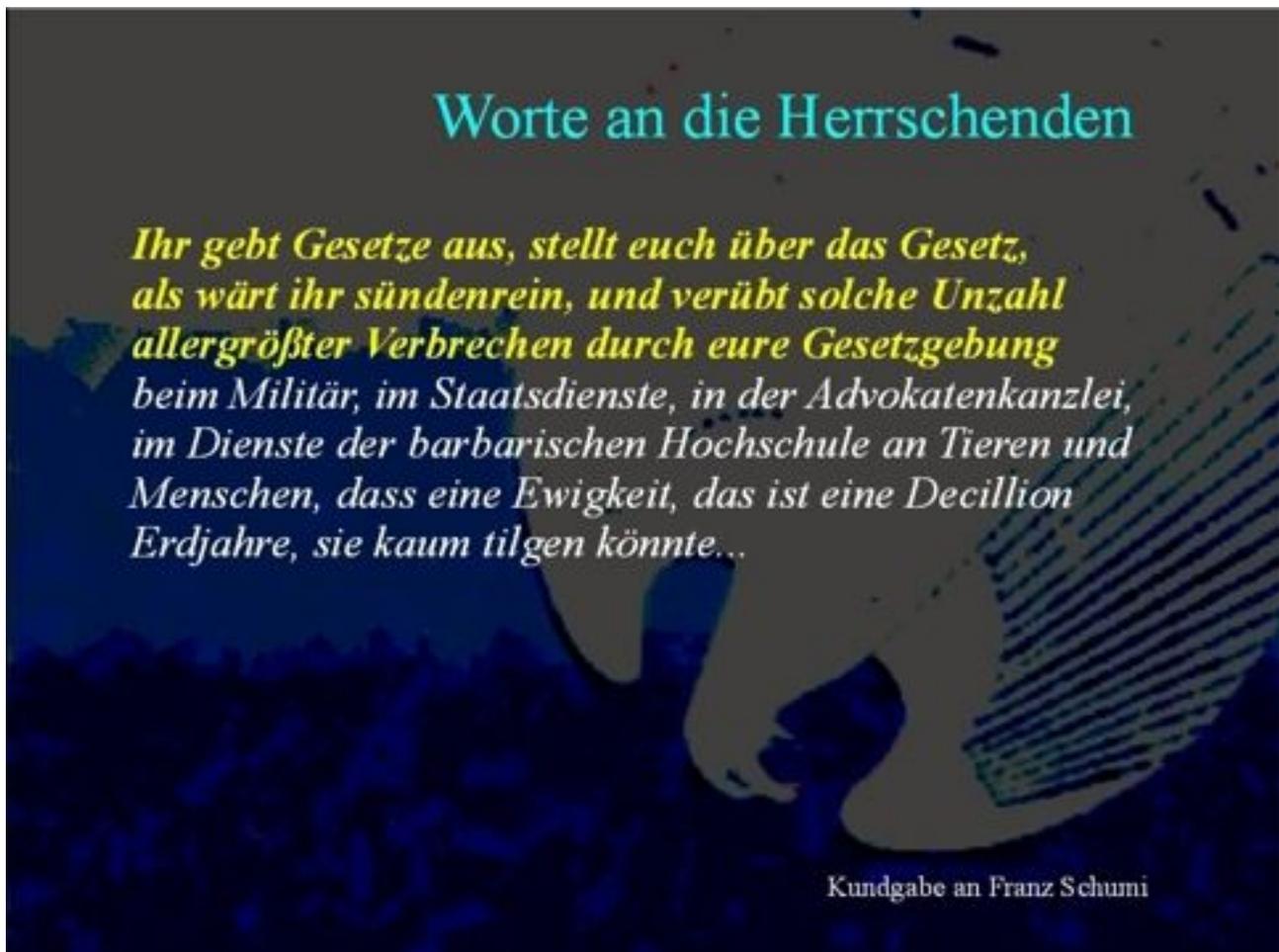


„Die Wahrheit muss endlich ein Tageslicht.“ heißt es in einer Kundgabe Gottes an Franz Schumi. Auch wenn Sie nicht an Gott glauben, so sollten sie die folgenden 6 Texte aufmerksam zur Kenntnis nehmen.

In der Kundgabe „Worte an meine Kinder“ klärt Gott die Menschen über sein Verhältnis zu den Staaten, den Priestern und dem Eigentum auf.

Hier einige Auszüge daraus:

Das Volk soll erkennen, dass die Regierenden die Oberhäupter von Dieben, Räubern und Mördern im Waffenrock und im Beamtenkleide sind.



Die Regierenden geben Gesetze für das Volk und stellen sich selbst über das Gesetz.

Sie verüben allergrößte Verbrechen beim Militär, im Staatsdienst und in der Wissenschaft.

Gott hat geboten: *Du sollst nicht töten.* Die Regierenden lassen Soldaten zum Töten ausbilden.

Worte an die Herrschenden

*Das siebente Gebot lautet: **Du sollst nicht stehlen.** Dieses Gebot wird von den Priestern nur lückenhaft erklärt; Ich sehe aber darin ganz was anderes, und daher will Ich euch darin das erklären, was die Priester verschweigen, weil sie selbst Diebe an eurem Vermögen sind.*

*Sie eifern euch an: Gott, der Kirche und dem Papst zu opfern, und betrügen euch um euer Geld so gut, als hätten sie euch bestohlen, denn Ich als Geist brauche von euch nichts Materielles; **die Kirchen habe Ich nie geheißt aufzubauen, und die Päpste nie aufgestellt noch gutgeheißt; denn sie dienen nicht Mir, sondern dem Mammon und dem Satan.***

Kundgabe an Franz Schumi

Auch die Priester verstoßen gegen die Gebote: Sie sind Diebe, da sie die Menschen auffordern, für Gott Geld zu opfern. Früher konnte man sich gegen Geld sogar das Seelenheil erkaufen.

Gott hat es nie gut geheißt Kirchen zu bauen oder Päpste aufzustellen.

Worte an die Herrschenden

*Ebenso versündigen sich die Herrscher gegen Mich durch das siebente und neunte Gebot durch **unbefugte Steuererhebung**. Denn es heißt: **Du sollst nicht stehlen und begehren deines Nächsten Gut.***

*Der Staat stiehlt zwar nicht, aber er begehrt mit Gewalt, und wer nicht gibt oder geben kann, dem raubt man mit Gewalt, was man vorfindet, durch die Gerichts- und Steuerorgane. **Also ist der heutige Staat in Meinen Augen nichts anderes als eine Mörder- und Räuberbande** ohne Liebe und Mitleid gegen den Armen, in dem Ich Selber wohne!*

Kundgabe an Franz Schumi

Staaten verstoßen gegen das 7. und 9. Gebot durch unbefugte Steuererhebungen. Gerichts- und Steuerorgane rauben die Bevölkerung mit Gewalt aus.

Zitat: „*Also ist der heutige Staat in meinen Augen nichts anderes als eine Mörder- und Räuberbande,*“ sagt Gott dem Schreiber um 1900. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Worte an die Herrschenden

Also ist es auch mit der ganzen Staatsmaschine, weil sie die Erfindung aus dem Grunde der Hölle ist und wird daher wieder in diesen Abgrund geworfen werden.

Denn etwas Gemeineres und Herzloseres hätte man nicht erfinden können, wie die Staatsordnung ist, in welcher die einen Weltgötter, die Anderen arbeitende und ungesetzlich maltrahierte Sklaven des geistigen und materiellen Lebens sind.

Kundgabe an Franz Schumi

Und „*Die ganze Staatsmaschine ist eine Erfindung aus der Hölle, und sie wird daher wieder in diesen Abgrund geworfen werden.*“

Worte an die Herrschenden

Die Erde ist Mein Eigentum.

Ich habe sie erschaffen und zur Nutznießung allen Meinen Kindern gleichmäßig übergeben; daher werden eines Tages alle Rechte des Privateigentums von der Welt verschwinden und alles Privateigentum in Gemeinde-Eigentum übergehen.

Ihr Reichen und Mächtigen, ihr Kirchen und Klöster, sammelt euch nur fleißig den runden Satan und Privat-Eigentum! Es wird kommen eine Zeit, und die ist vor der Tür, denn Ich bin bereits an der Arbeit, wo euer ganzes Vermögen an Geld, Häusern, Fabriken, Land und sonstigen Handelsunternehmungen in Eigentum der betreffenden Gemeinden übergehen wird.

Kundgabe an Franz Schumi

Gott beansprucht sein Eigentum zurück.

Zitat: „Daher werden alle Rechte des Privateigentums von der Welt verschwinden und in Gemeindegut übergehen.“

(Hinweis auf meine Klage im Internet unter http://www.widerstand-ist-recht.de/widerstand/verwalt_eigentum_erde.html)

Wie wir eine gerechte Wirtschaftsordnung im Sinne Gottes schaffen, zeige ich in meinem Vortrag „Zukunftsorientiertes, regionales Wirtschaften“ auf, (der bei Interesse auch hier gehalten werden kann.)

Gott ist bereits an der Arbeit und die Entlarvung der Staatsorgane als Räuber und Betrüger ist ein Teil davon.



Dass wir in keinem Staat leben und unsere menschenwürdige Zukunft selbst in die Hand nehmen können, ohne uns von Behörden, die keinerlei hoheitliche Aufgaben erfüllen, Vorschriften machen zu lassen, ist ein weiterer Teil dieses Plans.

Also packen wir es an.

Danke.

